

## **Niederschrift**

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 05.04.2017

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 15:00 Uhr - 19:36 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

### **Beschlussfähigkeit**

Soll:	61	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin
Ist:	50	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

### **Anwesenheit**

#### **Entschuldigt**

Herr René Deschner	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	privat
Herr Lars Faßmann	Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN	dienstlich
Herr Andreas Marschner	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	privat
Herr Prof. Andreas Schmalfuß	fraktionslos	dienstlich
Herr Falk Ulbrich	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	privat
Herr Jörg Vieweg	SPD-Fraktion	dienstlich
Frau Petra Zais	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	dienstlich

#### **Verspätetes Erscheinen**

Herr Joachim Ziems	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	15:22 Uhr; TOP 4; dienstlich
--------------------	---------------------------	---------------------------------

#### **Vorzeitiges Verlassen**

Herr Eckehard Bauer	SPD-Fraktion	19:30 Uhr; TOP 8.4
Herr Axel Brückom	SPD-Fraktion	18:35 Uhr; TOP 8.1; dienstlich
Frau Katrin Köhler	fraktionslos	19:20 Uhr; TOP 8.4; privat
Herr Andreas Lang	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	19:11 Uhr; TOP 8.3; dienstlich

#### **beratend Teilnehmende**

Frau Pia Hamann	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Philipp Rochold	Bürgermeister Dezernat 5
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3
Herr Michael Stötzer	Bürgermeister Dezernat 6

#### **Gäste**

Frau Heike Decker	stellvertretende Betriebsleiterin FBB
Herr Peter Schubert	Betriebsleiter FBB

### **Bedienstete der Stadtverwaltung**

Herr Dirk Bräuer	Abteilungsleiter Abt. 66.6
Frau Katrin Ehnert	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Frau Annkatrin Falk	Amtsleiterin Amt 14
Frau Beate Frech-Döring	Abteilungsleiterin Abt. 15.4
Frau Angelika Härtel	Amtsleiterin Amt 20
Herr Albert Lonsdorfer	Amtsleiter Amt 30
Frau Katja Uhlemann	Amtsleiterin Amt 15

### **Fraktionsangestellte**

Herr Robert Andres	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
Herr Lutz Bartel	Fraktion AFD
Herr Andreas Felber	Fraktion VOSI/PIRATEN
Herr Eduard Jenke	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Herr Stefan Kraatz	SPD-Fraktion
Frau Lisa Runkel	Fraktion DIE LINKE
Herr Benjamin Sadler	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Anja Schale	Fraktion DIE LINKE

### **Schriffthführerin**

Frau Ramona Seidel	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
--------------------	----------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 

Die Beschlussvorlage B-057/2017 „Verkauf der Liegenschaft Kutusowstraße, Flurstück 404 der Gemarkung Gablenz“ (TOP 10) wird bis zur Bestätigung eines Garagenkonzeptes vertagt.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** beantragt den TOP 6.14, Beschlussvorlage B-066/2017 „Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 14/07 "Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber" von der Tagesordnung abzusetzen. Entsprechend einer Information der Polizei in einer Bürgerveranstaltung, dass die Polizei ausnahmslos die bisherige Straße nutzen werde, würde dies die heute zu treffende Entscheidung maßgeblich beeinflussen.

**Herr Bürgermeister Stötzer** erklärt, dass die Straße für jede Art von Fahrzeugen gebaut werde und die Vorlage in der heutigen Sitzung behandelt werden sollte.

#### Abstimmung über den Antrag zur Tagesordnung

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**  
**(3 Ja-Stimmen, 45 Nein-Stimmen,**  
**3 Stimmenthaltungen)**

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** fragt ferner, warum der BA-008/2017 auf der Tagesordnung steht, obwohl er entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung rechtswidrig ist.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erläutert, dass die Zuständigkeit ausdifferenziert werden müsse und plädiert, den Beschlussantrag auf der Tagesordnung zu belassen.

**Herr Bürgermeister Runkel** räumt ein, dass die Formulierung in der Stellungnahme zum Beschlussantrag missverständlich sei und die tatsächliche Aufgabe etwas Konkretes umzusetzen tatsächlich rechtswidrig wäre. Da der Beschlussantrag allerdings den Stadtrat lediglich auffordern solle, sich für etwas einzusetzen, sei der Beschlussantrag bei großzügiger Auslegung insoweit zulässig.

Die Tagesordnung wird mit dem Zurückziehen der Vorlage B-057/2017 festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 08.03.2017
- 

Es liegt keine Einwendung zur Niederschrift vor. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

- 4 Informationen der Oberbürgermeisterin
- 

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** informiert über Folgendes:

#### Verleihung des Stefan-Heym-Preises

Am 04.04.2017 wurde der 4. internationale Stefan-Heym- Preis an die Autorin Joanna Bator verliehen. Am heutigen Abend findet eine Lesung mit Frau Bator statt.

#### Aktuelle Zahlen zum Thema Asyl

Der Freistaat hat insgesamt 1.116 Asylbewerber in der Erstaufnahme untergebracht, wovon in Chemnitz 329 Asylbewerber an drei Standorten untergebracht waren. Durch die Stadt Chemnitz wurden mit Stand 31.03.2017 in diesem Jahr bislang 160 Personen neu untergebracht. Diesen Personen standen bislang 220 Abgänge gegenüber. Insgesamt lebten am 31.03.2017 2372 Personen in kommunaler Unterbringung. Davon waren 2.014 Leistungsbezieher nach Asylbewerberleistungsgesetz. 341 Personen (14,38 %) lebten in Gemeinschaftsunterkünften und 2.031 Personen (85,62) waren dezentral in Wohnungen untergebracht.

#### CFC

Die Landesdirektion beabsichtigt den am 16.12.2016 gefassten Beschluss B-301/2016 aufgrund von Befangenheit eines Stadtratsmitgliedes zu beanstanden. Demnach teile die Rechtsaufsichtsbehörde nicht die Auffassung der Verwaltung, welche Herr Bürgermeister Runkel in der Stadtratssitzung vom 16.12.2016 darlegte. Um das Verfahren nicht in die Länge zu ziehen, wird die Aufhebung des Beschlusses und die erneute Beschlussfassung nochmals in den Stadtrat eingebracht.

### Teilabschnitt Chemnitzer Modell – Stufe 2

Am 02.05.2017 geht ein erster Teilabschnitt der Stufe 2 des Chemnitzer Modells in Betrieb. Somit fahren dann die Züge des Chemnitzer Modells ab Mai bis zum Stadlerplatz. Die Gesamtbaumaßnahme liegt zeitlich derzeit im Plan. Ziel ist es, den Universitäts-Standort an der Reichenhainer Straße bis Ende des Jahres an das städtische Straßenbahnnetz anzuschließen.

Weiterhin werden ab April in der Reitbahnstraße neue Bäume gepflanzt. Das Gestaltungskonzept sieht vor, auch an den Haltestellen Bäume zu integrieren.

### Gespräch mit dem Konzernbeauftragten der Deutschen Bahn

Heute fand ein Gespräch der Oberbürgermeisterin mit dem Konzernbeauftragten der Deutschen Bahn, Herrn Fricke statt. In diesem wurden die Elektrifizierung der Bahnverbindung Chemnitz-Leipzig, das Viadukt Annaberger Straße sowie der Einsatz von Hybridzügen bei der Erzgebirgsbahn besprochen.

### Stand zur Bewerbung als Europäische Kulturhauptstadt

Nachdem sich Anfang März die Lenkungsgruppe konstituiert hat, tagte Ende März erstmals der Programmrat. Es wurden erste Schwerpunkte besprochen und in einen Projektplan für die Jahre 2017 und 2018 eingefügt. Vom 20.03. bis 22.03.2017 fanden mehrere Workshops mit Vertretern von Dachverbänden, der freien Szene, städtischen Gesellschaften, der TU Chemnitz sowie der Verwaltung statt, deren Inhalte in die Arbeit des Programmrates einfließen sollen.

Aktuell läuft die Suche nach fünf Kulturbotschaftern aus der Chemnitzer Bevölkerung für den Programmrat. Bewerbungen können noch bis 12.04.2017 an das Kulturhauptstadt-Sekretariat im Kulturbetrieb der Stadt Chemnitz eingereicht werden. Bisher liegen dem Kulturbetrieb mehr als 20 Bewerbungen vor.

---

## 5 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

**Herr Stadtrat Dr. Katzer (Fraktion AfD)** bezieht sich auf die Kritik aus der vorangegangenen Stadtratssitzung bezüglich des Umgangs und der Zusammenarbeit im Stadtrat. Er stellt in diesem Zusammenhang fest, dass die Fraktion AfD nicht einbezogen werde und Anträge seiner Fraktion immer abgelehnt und in geänderter Form von anderen Fraktionen eingereicht werden, insbesondere von der Fraktion DIE LINKE.

**Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE)** stellt fest, dass es ambitionierte Pläne gibt, in Chemnitz mehr Kitaplätze zu schaffen. Sie bittet gemeinsam dafür zu sorgen, dass zukünftig für jedes Kind ein Platz zur Verfügung steht. Sie appelliert hier auch an die Verwaltung um unbürokratische Unterstützung.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** weist darauf hin, dass in diesem Zusammenhang die Verwaltung aufgerufen sei, die Plätze an Personen zu übergeben, die schon lange Zeit einen Antrag gestellt haben und nicht an Personen, die erst vor kurzem in die Stadt gezogen sind.

6 Beschlussvorlagen

---

- 6.1 Wahlaufstellung der Kandidatinnen/Kandidaten und deren Stellvertreterinnen/Stellvertreter für den Verwaltungsrat der Sparkasse Chemnitz zur Wahl durch die Verbandsversammlung  
Vorlage: B-071/2017 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20
- 

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** informiert über das Wahlverfahren.

Aufgrund von Unstimmigkeiten, erläutert **Frau Frech-Döring (Abteilungsleiterin Abt. 15.4)** das Wahlprocedere.

**Auszeit von 15:39 – 15:49 Uhr**

Für die Wahlkommission werden Frau Runkel, Herr Kraatz und Herr Felber sowie als Schriftführerin Frau Bunkowski bestätigt.

*Aufgrund des besseren Verständnisses und der Lesbarkeit werden die Wahlgänge und Wahlergebnisse an dieser Stelle insgesamt aufgeführt, auch wenn die einzelnen Wahlschritte nacheinander erfolgten.*

Die Wahlen finden entsprechend § 39 Abs. 7 SächsGemO als Mehrheitswahl statt.

Die Wahlen zu Beschlusspunkt 1 - Wahlaufstellung der zwei weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates, Platz 1 und Beschlusspunkt 2 - Wahlaufstellung der zwei übrigen weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates Platz 1 finden mit verschiedenfarbigen Stimmzetteln in einem Wahlgang statt.

Es liegen ein Wahlvorschlag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ sowie ein gemeinsamer der SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Wahlergebnis für die zwei weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates – Platz 1

anwesende Stimmberechtigte:	53
abgegebene Stimmen:	53

davon	
ausschlaggebende gültige Stimmen	51
ungültige Stimmen	0
Stimmenthaltungen	2

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Schaper, Susanne	41
Höhnel, Wolfgang	4
Ziems, Joachim	6

Frau Schaper hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

Wahlergebnis für zwei übrige weitere Mitglieder des Verwaltungsrates – Platz 1

anwesende Stimmberechtigte:	53
abgegebene Stimmen:	53
davon	
ausschlaggebende gültige Stimmen	50
ungültige Stimmen	0
Stimmenthaltungen	3

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Fritzsche, Tino	38
Müller, Detlef	6
Zschocke, Joachim	6

Herr Fritzsche hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

Die Wahlen zu Beschlusspunkt 1 - Wahlaufstellung der zwei weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates, Platz 2 und Beschlusspunkt 2 - Wahlaufstellung der zwei übrigen weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates Platz 2 finden zwischen den verbliebenden Bewerbern ebenfalls mit verschiedenfarbigen Stimmzetteln in einem Wahlgang statt.

Wahlergebnis für die zwei weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates – Platz 2

anwesende Stimmberechtigte:	53
abgegebene Stimmen:	53
davon	
ausschlaggebende gültige Stimmen	50
ungültige Stimmen	2
Stimmenthaltungen	1

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Höhnel, Wolfgang	42
Ziems, Joachim	8

Herr Höhnel hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

Wahlergebnis für zwei übrige weitere Mitglieder des Verwaltungsrates – Platz 2

anwesende Stimmberechtigte:	53
abgegebene Stimmen:	53
davon	
ausschlaggebende gültige Stimmen	51
ungültige Stimmen	1
Stimmenthaltungen	1

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Müller, Detlef	43
Zschocke, Joachim	8

Herr Müller hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

Die Wahlen zu Beschlusspunkt 3 - Wahlaufstellung eines Stellvertreters für die Gruppe der weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates und Beschlusspunkt 4 - Wahlaufstellung eines Stellvertreters für die Gruppe der übrigen weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates finden mit verschiedenfarbigen Stimmzetteln in einem Wahlgang statt.

Es liegen ein Wahlvorschlag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ sowie ein gemeinsamer der SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Wahlergebnis für den Stellvertreter für die Gruppe der weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates

anwesende Stimmberechtigte:	52
abgegebene Stimmen:	52
davon	
ausschlaggebende gültige Stimmen	49
ungültige Stimmen	1
Stimmenthaltungen	2

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Knorr, Cornelia	42
Ziems, Joachim	7

Frau Knorr hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

Wahlergebnis für den Stellvertreter für die Gruppe der übrigen weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates

anwesende Stimmberechtigte:	52
abgegebene Stimmen:	52
davon	
ausschlaggebende gültige Stimmen	46
ungültige Stimmen	2
Stimmenthaltungen	4

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Dr. Neubert, Peter	39
Zschocke, Joachim	7

Herr Dr. Neubert hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

*Alle Gewählten nehmen die Wahl konkludent an.*

**Beschluss B-071/2017**

Der Stadtrat schlägt folgende Kandidatinnen/Kandidaten für die von der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes zu vollziehende Wahl vor:

1. zwei weitere Mitglieder des Verwaltungsrates  
Schaper, Susanne  
Höhnel, Wolfgang
2. zwei übrige weitere Mitglieder des Verwaltungsrates  
Fritzsche, Tino  
Müller, Detlef
3. eine Stellvertreterin für die Gruppe der weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates  
Knorr, Cornelia
4. einen Stellvertreter für die Gruppe der übrigen weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates  
Dr. Neubert, Peter

- 6.2 Schaffung und Betreibung von Plätzen in einer Kindertageseinrichtung im Stadtteil Kaßberg durch die Heim gGmbH für medizinische Betreuung, Senioren und Behinderte Chemnitz  
Vorlage: B-068/2017 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-068/2017**

Der Stadtrat beschließt die Schaffung und Betreibung von 100 Plätzen für Krippen- und Kindergartenkinder in einer Kindertageseinrichtung im Stadtteil Kaßberg, Wie-landstraße 4/Kaßbergstraße 17z durch die Heim gGmbH für medizinische Betreuung, Senioren und Behinderte Chemnitz (Heim gGmbH).

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(50 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

- 6.3 Aufhebung des Beschlusses BA-023/2016 vom 31.08.2016 Festlegungen für die "Zur-Schau-Stellung" von Tieren in Chemnitz  
Vorlage: B-081/2017 Einreicher: Dezernat 3/Amt 32
- 

Zur Vorlage wurde der Standpunkt des AGENDA-Beirates ausgereicht.

**Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** erinnert, dass bereits zum sechsten Mal seit 2007 die Thematik beraten wurde und dreimal die Aufhebung eines derartigen Beschlusses erfolgt sei. Er meint, dass die Bundesregierung hier nicht in der Lage sei, europäisches Recht umzusetzen und dass alle derartigen Anträge ausschließlich europäischem Recht entsprechen.



Der Freistaat Sachsen verhalte sich in diesem Fall bei der Gesetzgebung deckungsgleich mit der Bundesregierung. Er verweist auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts Chemnitz aus 2009, welches noch Bestand habe. Auch gelte ein Beschluss des Stadtrates Erding, welcher ein Verbot bekräftige. Er stellt fest, dass es kein deutschlandweites anwendbares Urteil einer höheren Instanz gebe. Es gebe jetzt die Alternative, sich der Auffassung der Landesdirektion zu beugen oder klare Kante für das europäische Recht und den Tierschutz zu zeigen. Er meint, dass das „Einknicken“ vor der Landesregierung auch dem Image der Stadt schade und eine Stadt, die sich als europäische Kulturhauptstadt bewerben möchte, auch das Recht auf Tierschutz einhalten solle. Er erklärt, dass die Mehrheit der Fraktion DIE LINKE, des AGENDA-Beirates und der Tierschutzvereinigungen um Ablehnung der Beschlussvorlage bitten.

**Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** weist darauf hin, dass in 13 EU-Ländern bereits Wildtiere in Zirkussen verboten sind und ein generelles Verbot von Wildtieren in Zirkussen auch von der Mehrheit der Bundesländer unterstützt wird. Er fragt, warum Chemnitz vor der Landesdirektion kapitulieren sollte. Seine Fraktion sehe es nicht ein, den politischen Willen wegen eines Schreibens der Landesdirektion aufzuheben. Er plädiert dafür den Beschluss nicht aufzuheben und die Beschlussvorlage abzulehnen.

**Frau Stadträtin Patt (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** ist der Auffassung, dass ziviler Ungehorsam nur für starke Ausnahmefälle bemüht werden sollte. Es gibt sehr klare Möglichkeiten im Rechtsstaat mit ausdifferenzierter Gewaltenteilung politische Ziele durchzusetzen. Dafür müssten in den entsprechenden Organen Gesetzesvorlagen eingebracht werden. Die Möglichkeit bestehe für jeden und diese ziehe sie vor.

**Herr Stadtrat Dr. Katzer (Fraktion AfD)** hält die Initiative für unangemessen und das Anliegen für überzeichnet und hoch ideologisch. Im Zusammenhang mit dem Tierschutz solle sich besser um die Landwirtschaftskrise und Tiertransporte gekümmert werden als um einige Zirkustiere. Er stellt abschließend fest, dass sich die Grünen von ihren Themen wie z. B. Nahrungsmittelproduktion verabschiedet haben.

**Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** ergänzt die Aussagen von Frau Patt, dass die europäischen Regelungen nichts nützen, so lange es keine Grundlage und Vereinheitlichung im nationalen Recht gebe. Begrüßenswert wäre eine Bundes oder zumindest Länder einheitliche Regelung, die befolgt werden könne. Der Stadtrat dürfe gar nicht anders als den Beschluss aufzuheben. Auch das Widerstandsrecht nach Grundgesetz käme hier nicht zur Anwendung.

**Frau Stadträtin Roden (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)** ist verwundert, dass Herr Dr. Katzer glaubt beurteilen zu können, wie Tiere im Zirkus artgerecht gehalten werden. Auch finde sie seine Auffassung über die Politik der Grünen absurd.

**Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN)** sagt, dass die Landesdirektion in ihrer Stellungnahme eine Grundrechtsabwägung aufmache. 2002 wurde beschlossen, im Grundgesetz den Tierschutz mit zu verankern. Das bedeute für ihn, dass es durchaus eine Grundrechtsabwägung sei, diese Problematik zu klären. Auch sei es ein gangbarer Weg in der Demokratie das Bundesverfassungsgericht über diese Frage entscheiden zu lassen, was er sich wünsche. Eine Ablehnung des vorliegenden Beschlusses sei ein Signal in diese Richtung.

**Herr Bürgermeister Runkel** führt aus, dass die Landesdirektion bereits im Jahr 2009 die Stadt aufgefordert habe einen entsprechenden Beschluss aufzuheben. Seit dem habe sich an der Rechtslage nichts geändert. Er stellt fest, dass die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Erdingen nicht einschlägig sei. Zwischenzeitlich seien mehrere Urteile ergangen, die die Auffassung teilen, dass ein Wildtierverschlag rechtswidrig ist.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erklärt, dass sie, sofern der Vorlage nicht zugestimmt werde, dem Beschluss widersprechen müsse. Sie stehe dabei inhaltlich nach wie vor zum Wildtierverschlag in Zirkussen und hatte die Hoffnung, dass durch eine neue Rechtsprechung im Bund der Antrag zum Erfolg führen könne. Zum jetzigen Zeitpunkt gebe es jedoch keine neue Rechtslage und sie könne als Oberbürgermeisterin dies nicht ein zweites Mal ignorieren. Sie regt an, dass der Stadtrat ggf. mit anderen kommunalen Abgeordneten eine entsprechende Petition in den Bundestag einbringen könne. Sie appelliert an die Stadtratsmitglieder, dass sie eine artgerechte Tierhaltung jedoch für den Chemnitzer Tierpark mit beeinflussen können.

**Herr Stadtrat Ziems (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** beantragt namentliche Abstimmung.

Abstimmung zum Antrag auf namentliche Abstimmung

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(52 Ja-Stimmen)**

namentliche Abstimmung

Frau A. Müller	Nein
Frau Barthold	Nein
Frau Dr. Becherer	Nein
Frau Drechsler	Nein
Frau Furtenbacher	Nein
Frau Kempe	Ja
Frau Knorr	Nein
Frau Köhler	Stimmenthaltung
Frau Ludwig	Ja
Frau Patt	Ja
Frau Pester	Nein
Frau Pritscha	Es erfolgte keine Abstimmung
Frau Roden	Nein
Frau Schaper	Nein
Frau Schellenberger	Nein
Frau Weidauer	Nein
Herr Bauer	Nein
Herr Berger	Ja
Herr Brückom	Ja
Herr Burghart	Ja
Herr D. Müller	Nein
Herr Dierks	Ja
Herr Dr. Füsslein	Ja
Herr Dr. Haentjens	Ja
Herr Dr. Katzer	Ja
Herr Dr. Langer	Nein

Herr Dr. Neubert	Stimmenthaltung
Herr F. Müller	Ja
Herr Fritzsche	Ja
Herr Gintschel	Nein
Herr Herrmann	Nein
Herr Höhnel	Ja
Herr Hopperdietzel	Nein
Herr Kallscheidt	Nein
Herr Kempe	Ja
Herr Kohlmann	Es erfolgte keine Abstimmung
Herr Lang	Ja
Herr Lehmann	Nein
Herr Leistner	Ja
Herr Otto	Nein
Herr Rotter	Nein
Herr Sänger	Ja
Herr Scherzberg	Nein
Herr Schinkitz	Nein
Herr Siegel	Ja
Herr Tietze	Nein
Herr Tillmann	Ja
Herr Walter	Ja
Herr Wirth	Nein
Herr Wolf-Kather	Nein
Herr Zais	Nein
Herr Ziems	Ja
Herr Zschocke	Ja
Saborowski-Richter	Ja

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** widerspricht dem Beschluss, da sie diesen für rechtswidrig hält. Sie wird daher zu einer Sondersitzung einladen, in welcher sie nochmals die Rechtswidrigkeit des Beschlusses begründen wird.

#### **Beschluss B-081/2017**

Der Stadtrat beschließt den Beschluss BA-023/2016 Festlegungen für die „Zur Schau-Stellung“ von Tieren in Chemnitz vom 31.08.2016 aufzuheben.

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich abgelehnt  
(23 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen,  
2 Stimmenthaltungen)**

- 6.4   Aufhebung der Ergänzungssatzung Nr. 14/03 "Am Frankebach", Einsiedel  
Vorlage: B-075/2017                    Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-075/2017**

Der Stadtrat beschließt:

Der Aufstellungsbeschluss B-056/2014 des Planungs-, Bau- und Umweltausschuss vom 03.06.2014 zur Einleitung des Verfahrens zur Ergänzungssatzung Nr. 14/03 „Am Frankebach“, Einsiedel, sowie der Abwägungs- und Satzungsbeschluss B-211/2016 des Stadtrates vom 28.09.2016 werden aufgehoben.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(47 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

- 6.5 Änderung der Beschlüsse B-037/2016, B-118/2016 und B-041/2017 zur Umsetzung des Sächsischen Investitionskraftstärkungsgesetzes  
Vorlage: B-087/2017 Einreicher: Dezernat 6
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-087/2017**

Der Stadtrat beschließt zur weiteren Umsetzung des SächsInvStärkG:

1. Für die mit Beschluss B-037/2016, Punkt 2 beschlossene Maßnahme im Budget Bund „Südring“ (Maßnahmenummer 5411000862002, Budget Bund) entfällt der 1. Bauabschnitt von der Helbersdorfer Str. bis Paul-Bertz-Straße.
2. Die in Anlage 3 zu B-118/2016 enthaltene Maßnahme im Budget Sachsen „Brücke/Zufahrt Neefestraße“ wird nicht im Rahmen des SächsinvStärkG umgesetzt. Die frei werdenden Mittel werden den Maßnahmen „Sanierung Karl-Schmidt-Rottluff-Brücke“ und „Sanierung Ingenieurbauwerk Pleißenbach“ zur Deckung der geänderten Bedarfe zugeordnet.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(46 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

- 6.6 Parkraumkonzept Stadtzentrum Chemnitz  
Vorlage: B-157/2016 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66
- 

Zur Vorlage wurden eine Änderung der Verwaltung, ein Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN, welcher durch einen aktualisierten Änderungsantrag ersetzt wurde, ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen CDU/FDP, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und CDU/FDP ausgereicht.

**Herr Stadtrat Berger (Fraktion DIE LINKE)** sagt, dass Chemnitz als eine der letzten Großstädte in Mitteleuropa das Parken in der Innenstadt aus Sicht seiner Fraktion einheitlich und transparent regelt. Durch die lange Beratungsdauer konnte gründlich und fraktionsübergreifend beraten und sich mit dem gemeinsamen Änderungsantrag auf vernünftige Vorschläge geeinigt werden. Mit einem weiteren Änderungsantrag solle für das Parken an Kindertagesstätten eine gute und klare Regelung erreicht werden. Insbesondere für die Pendler bringe das Parkraumkonzept soziale Härten. Dabei erkennt er, dass Park und Ride-Parkplätze in der Stadt fehlen. Den übrigen Änderungsanträgen werde seine Fraktion nicht zustimmen.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** erklärt, dass eine Arbeitsgruppe mit Mitgliedern des Planungs-, Bau- und Umweltausschuss die einzelnen Vorstellungen zum Parkraumkonzept zusammengetragen und versucht habe, daraus einen guten Konsens zu erarbeiten, was mit dem gemeinsamen Änderungsantrag eingebracht wurde. So solle der Parksuchverkehr in der Innenstadt reduziert und die Anwohner mit Vorrechten ausgestattet werden. Er erläutert die einzelnen Punkte des gemeinsamen Änderungsantrages und denkt, dass mit diesem die wesentlichen Kritikpunkte der Bürger ausgeräumt werden könnten.

**Herr Stadtrat Müller (AfD-Fraktion)** sagt, dass auch seine Fraktion die Anwohner schützen wolle, dies allerdings nicht auf Kosten der berufstätigen Pendler. Einen Tageshöchstsatz von 2,50 € bzw. 3 € lehne seine Fraktion ab. Darüber hinaus, fragt seine Fraktion, warum Mopeds und Motorräder nach wie vor einen ganzen PKW-Stellplatz blockieren, obwohl dafür weniger Platz ausreichen würde. Und warum neue Parkautomaten angeschafft werden müssen, obwohl Schilder darauf hinweisen könnten, wenn bestimmte Parkflächen ab einer gewissen Zeit für Anwohner reserviert sind. Auch möchte seine Fraktion wissen, warum jetzt das Parkraumkonzept beschlossen, aber erst im Sommer das Garagenkonzept diskutiert werden solle, obwohl beide Sachverhalte zusammen behandelt werden sollten. Er fragt ferner, warum die Verwaltung bestimmte Dinge aus dem Gutachten ohne Begründung ignoriere und bezieht sich hierbei auf kurze Gebührenintervalle. Seine Fraktion sei überzeugt, dass teure Parkplätze die Innenstadt nicht beleben und werde deshalb die Vorlage ablehnen.

**Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)** erklärt, dass in Chemnitz in den nächsten Jahren an vielen Stellen in der Stadt Möglichkeiten der Entwicklung und Entfaltung geboten werden können. Dadurch fällt jedoch auch eine Anzahl von Parkplätzen weg. Um weiterhin die möglichen Parkmöglichkeiten zur Verfügung stellen zu können, müssen diese bewirtschaftet werden. Aber es werden auch bessere Angebote beim Öffentlichen Nahverkehr benötigt. Ziel seiner Fraktion sei es, attraktive und für alle bezahlbare Mobilität anzubieten, was er erläutert. Das Parkraumkonzept werde sicherstellen, dass Besucher der Innenstadt und Bewohner ausreichend Parkplätze finden, wird aber Dauerparker weitgehend fern halten. Auch werde es dazu beitragen, dass alternative Möglichkeiten genutzt werden. Er kündigt einen Beschlussantrag zu weiteren möglichen Formen der Mobilität an.

**Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** äußert, dass er die Beschlussvorlage ablehnen werde, da die Zone II Teile des Kaßbergs betrifft und bezieht sich auf die Auswirkungen entsprechend Punkt 5.2.6 des Gutachtens. Er hält das Konzept für unausgegoren und auch die systematische Verankerung zu Carsharing und E-Mobilität sei noch nicht ausgereift.

**Frau Stadträtin Patt (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** ergänzt, dass zu den Pendlern auch die Berufsschüler, die nicht über Einkommen verfügen, gehören. Sie fragt, wie diesbezüglich umgegangen werden solle, um finanzierbare Lösungen zu finden.

**Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN)** erklärt zum Änderungsantrag seiner Fraktionsgemeinschaft, dass der Punkt 7 im Konzept mit aufgeführt werden solle. Zum Punkt 8 weist er hin, dass dieser nicht mit zur Abstimmung gebracht werden solle, da der laufende Diskussionsprozess dem Thema entgegen komme.

**Frau Stadträtin Saborowski-Richter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** fügt zur Frage der Berücksichtigung der Berufsschüler an, ob hierbei berücksichtigt wurde, dass dies eventuell ein Standortnachteil werden könnte.

**Herr Bürgermeister Stötzer** weist darauf hin, dass sich die meisten Berufsschulen am Rand der Parkzonen befinden und bei den zwei Berufsschulen innerhalb der Parkzone der Weg zu nicht gebührenpflichtigen Stellplätzen zu Fuß zumutbar sei. Daher denkt er, dass hierfür keine Sonderregelung geschaffen werden muss.

**Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)** meint, dass den Berufsschülern vermittelt werden sollte, dass es auch andere Möglichkeiten als das Auto gibt. Auch müssen Leistungen, die mit dem Belegen des öffentlichen Raumes verbunden sind, ihren Preis haben. Dies sei in Abwägung zu den Nahverkehrskosten legitim. Er spricht abschließend für den Punkt 7 des Änderungsantrages der Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN.

**Herr Stadtrat Wolf-Kather (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN)** fragt wie das Parken für die Pflegedienste vorgesehen sei.

**Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** sagt, dass die meisten Pflegedienste über Sondergenehmigungen verfügen damit kostenfrei geparkt werden könne. Er meint, dass nicht alle Einzelheiten zum Parkraumkonzept besprochen werden sollten, sondern das Konzept beschlossen werden solle und eine Evaluierung möglich sei.

Abstimmung über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP, Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

---

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich bestätigt**  
**(41 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen,**  
**3 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN (nur Punkt 7)

---

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich abgelehnt**  
**(8 Ja-Stimmen, 41 Nein-Stimmen,**  
**3 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und CDU/FDP

---

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich bestätigt**  
**(41 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen,**  
**4 Stimmenthaltungen)**

### **Beschluss B-157/2016**

Der Stadtrat beschließt:

1. die Neuordnung des ruhenden Verkehrs gemäß „Parkraumkonzept Stadtzentrum“ (Anlage 3). Innerhalb der dargestellten Grenzen erfolgt eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung, gestaffelt in zwei Gebührenzonen entsprechend Anlage 3, Bild 3.
2. die Neuordnung der Quartiere (Bewohnerparkzonen) gemäß „Parkraumkonzept Stadtzentrum“ entsprechend Anlage 3, Bild 4.
3. die schrittweise Umsetzung der flächendeckenden Bewirtschaftung im Stadtzentrum bis Ende 2019, in Abhängigkeit von den städtebaulichen Entwicklungen sowie unter dem Vorbehalt der finanziellen Sicherung der erforderlichen Investitionen im Haushaltplan der Stadt Chemnitz.
4. die Befreiung von Elektro- und Hybridelektrofahrzeugen mit dem Fahrzeugkennzeichen „E“ entsprechend Elektromobilitätsgesetz von der Gebührenpflicht. Über eine Verlängerung ist bei Bedarf durch den Stadtrat alle zwei Jahre zu entscheiden.
5. den Erlass der Sondernutzungsgebührenpflicht für Carsharingfahrzeuge mit Elektro- oder Hybridmotor mit dem Fahrzeugkennzeichen „E“. Über eine Verlängerung ist bei Bedarf durch den Stadtrat alle zwei Jahre zu entscheiden.
6. den ersatzlosen Abbau der technisch verschlissenen Anlagen des nicht mehr funktionsfähigen dynamischen Parkleitsystems der Stadt Chemnitz.

Anlage 3, Seite 4, vorletzter Absatz, letzter Satz:

Zukünftig soll es in Zone II eine Tageshöchstgebühr geben, in Höhe von 2,50 € pro Tag.

Anlage 3, Seite 5, Tabelle "Staffelung der Parkscheingebühren", zweite Zeile (Zone II):

Gebührenhöhe:

0,50 € für die erste Stunde und je angefangene weitere 30 Minuten

Tageshöchstgebühr:

2,50 € am Tag

Bewirtschaftungszeit:

Mo – Fr 8 – 18 Uhr, Sa 8 – 12 Uhr

Anlage 3, Seite 6, Absatz 2.4

Die Umsetzung erfolgt über drei Jahre, beginnend mit dem Zeitpunkt des tatsächlichen Wegfalls der Parkplätze "Johanniskirchplatz" und/oder "Am Tietz" (Baufelder E3 bzw. E4) wegen Beginns der archäologischen Grabungen.

1. Jahr: Quartiere A, B und F
2. Jahr: Quartiere C, D und E
3. Jahr: Quartiere H und G

Voraussichtlich erfolgt die Umsetzung also mit Beginn 2018 (Detailplanung läuft schon) und findet ihren Abschluss 2020.

Dabei sind aber die Auswirkungen fortlaufend zu beobachten. Bei Bedarf muss seitens der Stadt in Abstimmung mit den politischen Gremien ggfs. zeitnah eine Anpassung des Zeitplanes oder eine Modifizierung des Ablaufes vorgenommen werden, insbesondere zum Schutz von Anwohnern in bestimmten Bereichen.

In Anlage 3, Seite 4, Absatz 3 wird hinter „Grundsätzlich stehen die mit diesem Mischprinzip bewirtschafteten Gebiete also allen Nutzern frei“ eingefügt:  
„Vor Kindertagesstätten wird verkehrsrechtlich ein zeitlich begrenztes kostenloses Holen und Bringen ermöglicht.“

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(37 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen,  
1 Stimmenthaltung)**

6.7 Verordnung der Stadt Chemnitz über Parkgebühren (Parkgebührenordnung)  
Vorlage: B-260/2016 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66

---

Zur Vorlage wurden eine Änderung der Verwaltung, ein Änderungsantrag der Fraktion AfD, ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP, Fraktion DIE LINKE, SPD Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie ein Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ ausgereicht. (Ein erster Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP und die dazu ausgereichte aktualisierte Fassung werden durch den Einreicher zurückgezogen.)

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** weist darauf hin, dass der Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ derzeit nicht abstimmungsfähig ist und der Einreicher im Vorfeld darüber informiert wurde.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** beantragt eine Auszeit.

**Auszeit von 17:18 Uhr bis 17:25 Uhr**

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** reicht die Änderung zum Änderungsantrag ein.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion AfD

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt  
(5 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen,  
1 Stimmenthaltung)**

Abstimmung über den Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt  
(6 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen)**

**Herr Stadtrat Kallscheidt (SPD-Fraktion)** erklärt sein Abstimmungsverhalten.



Abstimmung über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP, Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

---

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(37 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen,  
1 Stimmenthaltung)**

**Beschluss B-260/2016**

Der Stadtrat beschließt die Verordnung der Stadt Chemnitz über Parkgebühren entsprechend Anlage 1 der Beschlussvorlage einschließlich des bestätigten Änderungsantrages.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(38 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen,  
3 Stimmenthaltungen)**

- 6.8 Grundsatzbeschluss zur dauerhaften Stilllegung des Personenumlaufaufzugs (Paternoster) im Rathaus Chemnitz  
Vorlage: B-015/2017 Einreicher: Dezernat 6/SE 17
- 

Zur Vorlage wurde ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP, SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausgereicht.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** führt aus, dass der Paternoster seit Errichtung des Rathauses besteht, für die Einmaligkeit des Rathauses stehe und weiter genutzt werden sollte. Er verweist auf eine Verordnung der Bundesregierung vom Juli 2015, mit welcher die eingeführten Nutzungseinschränkungen aufgehoben wurden. Er benennt die Vorteile des Paternosters auch gegenüber einem Fahrstuhl und spricht sich vehement für die Wiederinbetriebnahme des Paternosters aus. Er ist der Auffassung, dass die Kosten für den Erhaltungsaufwand überhöht geplant sind, schon allein deshalb, da bestimmte Brandschutztüren ohnehin installiert werden müssen und weitere „sowieso-Kosten“ enthalten sind. Er setzt die veranschlagten Kosten für den Paternoster ins Verhältnis zu den Kosten für die Sanierung des Rathauses und stellt fest, dass dies weniger als 3 % sind.

**Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE)** spricht für die Mehrheit seiner Fraktion, die den Änderungsantrag und damit die Wiederinbetriebnahme des Paternoster aufgrund der Kosten ablehnt, da die Nutzung nicht dementsprechend hoch sei.

**Herr Stadtrat Dr. Langer (Fraktion DIE LINKE)** erklärt, dass er dem Änderungsantrag zustimmt, was er begründet.

**Herr Stadtrat Kallscheidt (SPD-Fraktion)** sagt, dass sich auch seine Fraktion mehrheitlich dem Änderungsantrag anschließt, nicht weil er nostalgisch, sondern auch praktisch ist. In Hinblick auf Barrierefreiheit erklärt er, dass es im Rathaus Fahrstühle gibt und der Paternoster zusätzlich zu diesen genutzt werden könne. Somit werden Menschen mit Behinderung nicht ausgegrenzt.

**Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)** erklärt, dass seine Fraktion der Wiederinbetriebnahme des Paternosters ebenfalls zustimmen wird. Er bittet jedoch darum, die Kosten nicht künstlich kleinzurechnen, sondern die erforderlichen Mittel einzusetzen.

**Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE)** erklärt, dass sie die Wiedereinsetzung des Paternosters ablehnt, da dieser nicht barrierefrei ist. Sie würde lieber noch einen weiteren Fahrstuhl einsetzen, da die Wartezeiten auf den vorhandenen Fahrstuhl recht lang sind.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erläutert, dass sie den Paternoster ebenfalls als technisches Denkmal im Rathaus sehe, dieser jedoch keine Funktionalität habe. Aufgrund der zu hohen Kosten für eine Wiederinbetriebnahme des Paternosters stimmt sie der Beschlussvorlage zu.

Abstimmung über den Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(36 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen,  
2 Stimmenthaltungen)**

*Aufgrund der Zustimmung zum Änderungsantrag entfällt die Abstimmung über die Beschlussvorlage.*

**Beschluss B-015/2017**

Der Stadtrat lehnt eine dauerhafte Stilllegung des Personenumlaufaufzuges (Paternoster) im Chemnitzer Rathaus ab und beauftragt die Verwaltung zur Wiederinbetriebnahme des vorhandenen Paternosters im Rathaus Chemnitz gemäß Variante 1 und in Umsetzung der Intention des Beschlusses BA-025/2013 (Wiederinbetriebnahme des Paternosters im Neuen Rathaus) vom 10.07.2013.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(36 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen,  
2 Stimmenthaltungen)**

- 6.9 2. Baubeschluss nach DA 6001 für Straßenbau- und Tiefbaumaßnahmen, Wasserbaumaßnahmen und verkehrstechnischen Maßnahmen mit Beginn im Jahr 2017  
Vorlage: B-056/2017 Einreicher: Dezernat 6/ Amt 66
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-056/2017**

Der Stadtrat bestätigt den 2. Baubeschluss, vorbehaltlich des Erlasses der Haushaltssatzung, für die Jahre 2017/2018 für die Maßnahmen:

Anlage 3 Fahrbahnerneuerung Südring zwischen Helbersdorfer Straßen und Paul-Bertz-Straße

Anlage 4 Koordinierte Maßnahme - Erneuerung der Straße Frühlichtweg

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(50 Ja-Stimmen)**

- 6.10 Verkauf der Liegenschaft Kutusowstraße, Flurstück 404 der Gemarkung Gablenz  
Vorlage: B-057/2017 Einreicher: Dezernat 6/Amt 23
- 

Die Beschlussvorlage wurde unter TOP 2 zurückgezogen.

- 6.11 Satzung über die Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Chemnitz-Schloßchemnitz"  
Vorlage: B-065/2017 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-065/2017**

Der Stadtrat beschließt die Satzung der Stadt Chemnitz über die Aufhebung der Satzung der Stadt Chemnitz über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Chemnitz-Schloßchemnitz“ (Aufhebungssatzung) entsprechend Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(51 Ja-Stimmen)**

- 6.12 Satzung der Stadt Chemnitz über die Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 98/28 "Zschopauer Straße/Gebiet I"  
Vorlage: B-070/2017 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-070/2017**

Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 98/28 „Zschopauer Straße/Gebiet I“ gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(46 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,  
2 Stimmenthaltungen)**

- 6.13 Abwägungsbeschluss und Beschluss zur 41. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz (Bereich Neue Johannisvorstadt im Stadtteil Zentrum)  
Vorlage: B-053/2017 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-053/2017**

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Abwägungen zum Entwurf der 41. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz.
2. Die 41. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz in der Fassung vom März 2016 (Anlage 3 der Beschlussvorlage) wird auf der Grundlage des § 5 BauGB beschlossen.
3. Die Begründung mit dem Umweltbericht zur 41. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz in der Fassung vom Januar 2017 (Anlage 4 der Beschlussvorlage) wird gebilligt.

4. Die zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in der 41. Änderung des Flächen-nutzungsplanes berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(49 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

- 6.14 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 14/07 "Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber"  
Vorlage: B-066/2017 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Zur Vorlage wurden zwei Änderungsanträge der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ ausgereicht, wobei der zuerst eingereichte Antrag unzulässig war.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** meint, dass die Vorlage ein Schritt in die richtige Richtung, aber nur sinnvoll sei, wenn die Straße dann auch genutzt wird. Er kündigt einen Beschlussantrag zur besseren Erreichbarkeit der Aufnahmeeinrichtung vom Bahnhof Hilbersdorf aus an. Er erläutert die Änderungsanträge seiner Fraktion. Er fordert die Verwaltung auf, die Feuerwehr anzuweisen und sich bei der Polizei dafür einzusetzen, die neu entstehende Straße zu nutzen.

**Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE)** erklärt zu den Einwendungen des Stadtverbandes der Kleingärtner, dass die teilweise Berücksichtigung vollkommen korrekt sei.

**Herr Bürgermeister Stötzer** führt aus, dass die Einwendung nochmals geprüft wurde mit dem Ergebnis, dass die Werte zulässig sind und eingehalten werden. Darüber hinaus gibt es bei Kleingartenanlagen keinen Rechtsanspruch darauf, dass es nachts keine Ruhestörungen gibt, da dort nicht genächtigt werden sollte. Er geht davon aus, dass die neue Zufahrt nach Fertigstellung genutzt wird.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** sagt, dass es dennoch nicht verboten sei, eine Lärmschutzwand zu errichten.

Abstimmung über den zulässigen Änderungsantrag der Ratsfraktion  
PRO CHEMNITZ

---

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt  
(5 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen,  
1 Stimmenthaltung)**

### **Beschluss B-066/2017**

Der Stadtrat beschließt

1. die Abwägungen zum Bebauungsplan Nr. 14/07 „Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber“
2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S.2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722), sowie nach § 89 der Sächsische Bauordnung (SächsBO) in der Fassung vom 28. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 200), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2015 (SächsGVBl. S. 670), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2014 (SächsGVBl. S. 146), zuletzt geändert durch Artikel 1 und 2 des Gesetzes vom 13. Dezember 2016 (SächsGVBl. S. 652), beschließt der Stadtrat der Stadt Chemnitz den Bebauungsplan Nr. 14/07 „Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) sowie dem Text (Teil B), in der Fassung vom 15.09.2016 als Satzung (Anlage 3 der Beschlussvorlage).
3. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der Fassung vom 08.02.2017 (Anlage 4 der Beschlussvorlage) wird gebilligt.
4. Die zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(48 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

---

7 Informationsvorlage

---

Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten 01.01.2015 bis 31.12.2016  
Vorlage: I-008/2017                      Einreicher: Oberbürgermeisterin/  
Gleichstellungsbeauftragte

---

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

---

8 Beschlussanträge

---

8.1 Umsetzung des Konzeptes „Nette Toilette“ im Innenstadtbereich  
Vorlage: BA-007/2017                      Einreicher: Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP

---

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** bringt aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung eine Änderung zum Beschlusspunkt 2 des Beschlussantrages ein. Er meint, dass durch die frei zugänglichen Toiletten in den Gaststätten auf die zwei noch zu bauenden öffentlichen Toiletten verzichtet werden könne und somit Mittel eingespart werden. Dafür könne den Gastronomen in angemessenen Umfang der Mehraufwand erstattet werden.

**Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)** stimmt zu, dass die „nette Toilette“ ein super Konzept sei und ihre Fraktion begrüße die Initiative. Da allerdings dabei die Berücksichtigung der Barrierefreiheit fehle, könne ihre Fraktion dem Antrag in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** weist darauf hin, dass für das Anliegen der Änderung des Beschlussantrages ein Deckungsvorschlag erforderlich ist, da sich die Stadt an den Mehrkosten beteiligen solle.

**Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion)** meint, dass der Antrag in die richtige Richtung gehend sei. Allerdings weist sie darauf hin, dass seitens der Gastronomen im Zusammenhang mit der Aktion „Lieblingsplätze“ kein Interesse am barrierefreien Ausbau von Toiletten bestand. Insofern denkt sie, dass mit dem Beschlussantrag erneut auf die Gastronomen zugegangen werden sollte. Sie bittet aber zunächst um Rücküberweisung des Antrages in den Verwaltungs- und Finanzausschuss, da dieser finanzielle Auswirkungen habe.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** sagt, dass seine Fraktion nichts gegen den Antrag habe, so lange es auf Freiwilligkeit basiere. Er denkt aber, dass nicht viele Gastronomen teilnehmen werden.

**Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Verweis des Beschlussantrages in den Verwaltungs- und Finanzausschuss und Behindertenbeirat mit dem Ziel einen mehrheitsfähigen Antrag zu erarbeiten.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** spricht gegen den Geschäftsordnungsantrag, **Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE)** dafür.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Verweis des Beschlussantrages

---

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich bestätigt  
                                  (34 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen,  
                                  2 Stimmenthaltungen)**

- 8.2    Testweise Einführung einer Kameraüberwachung im Bereich der Zentralhaltestelle in der Chemnitzer Innenstadt  
Vorlage: BA-008/2017      Einreicher: Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
- 

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

**Herr Stadtrat Dierks (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** bringt den Beschlussantrag ein. Er meint, dass die Forderung nach einer Kameraüberwachung im Bereich der Zentralhaltestelle verknüpft werden solle mit einem vernünftigen Konzept auch zur personellen Unterstützung des Stadtordnungsdienstes und einer besseren Vernetzung mit der Polizei.

**Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** meint, dass Kameras im öffentlichen Raum keine wirkliche Sicherheit bringen. Seine Fraktion fordert dafür mehr Personal bei der Polizei und mehr Streetworker. Sie lehne es ab, dass Menschen, die keine Störung darstellen, beobachtet werden. Daher werde seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

**Frau Stadträtin Roden (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)** schätzt ein, dass es an der Zentralhaltestelle trubeliger geworden ist und es auch Straftaten dort gebe. Allerdings decke sich die tatsächliche Anzahl von Straftaten nicht mit dem Gefühl, dass es dort unsicherer geworden ist. Einen echten Zugewinn an Sicherheit gebe es nur durch Menschen, daher wünsche sie sich eine personelle Unterstützung der Polizei und dass sich auch Herr Dierks auf Landesebene dafür engagieren sollte. Da Videoüberwachung keine Alternative sei, lehnt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag ab.

**Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** sagt, dass es des Antrages nicht bedurft hätte, da das Thema Videoüberwachung entschieden sei und diese durch die CVAG eingerichtet werde. Deshalb lehnt seine Fraktion den Beschlussantrag ab. Er meint niemand behaupte, dass Videoüberwachung präventiv sein könne, aber es gibt Fälle, die nur anhand von Videoüberwachung aufgeklärt werden können.

**Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE)** führt aus, dass Videokameras ein Hilfsmittel sein können aber keine Straftaten verhindern. Er weist darauf hin, dass es lediglich zu einer Verdrängung komme. Er betont, dass die Thematik in den Kriminalpräventiven Rat gehöre und dieser am 11.05.2017 eine Veranstaltung mit vielen Akteuren stattfinde. Er weist abschließend darauf hin, dass für die Auswertung der Videos ebenfalls Personal benötigt werde. Konflikte werden besser durch Sozialarbeiter gelöst, wobei Chemnitz auf einem guten Weg sei. Auch gibt es Notrufsäulen an der Zentralhaltestelle. Seine Fraktion wird den Beschlussantrag ablehnen aber zielführend am Thema dranbleiben.

**Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN)** bemerkt, dass er nicht davon ausgehe, dass es einen Verdrängungseffekt durch Videokameras an der Zentralhaltestelle geben würde. Er ist der Auffassung, dass das Videoüberwachungsverbesserungsgesetz und das Datenschutzanpassungsgesetz eine riesige Katastrophe in Bezug auf die Grundrechte seien. Auch findet er es nicht richtig, dass der Stadtrat bei der Installation der Videoüberwachung durch die CVAG nicht entscheidend eingebunden wurde. Er wird den Beschlussantrag aus diesen Gründen ablehnen.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** meint, dass Kameras vielleicht besonnene Täter abschrecke, nicht jedoch Menschen, denen der Respekt für alles fehle. In der gegebenen Gemengelage sei kein positiver Effekt zu erwarten. An der Zentralhaltestelle würde aus seiner Sicht nur eine zusätzliche Polizeistation helfen.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** legt dem Einreicher nahe, den Beschlussantrag zurückzuziehen, da die Thematik nicht isoliert von anderen entsprechenden Maßnahmen betrachtet werden solle, was sie ausführlich erläutert.

**Herr Stadtrat Dierks (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** erklärt, dass der Beschlussantrag nicht zurückgezogen werde, da er als sinnvolle Ergänzung der bisherigen in Diskussion befindlichen Sachverhalte gesehen werde, was er ebenfalls erläutert.

**Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(47 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

**Beschluss BA-008/2017**

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Stadtrat spricht sich dafür aus, eine Kameraüberwachung zur Bild- und Tonaufzeichnung (Videoüberwachung und -aufzeichnung) im Bereich der Zentralhaltestelle in der Chemnitzer Innenstadt im Rahmen einer einjährigen Testphase einzurichten.
2. Der Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Stadtrates im Mai 2017 in Abstimmung mit der Polizei und dem Sächsischen Datenschutzbeauftragten einen Vorschlag zur Umsetzung vorzulegen. Dieser soll insbesondere auch die personelle Verknüpfung der Überwachung und direkten Intervention bei Straftaten bzw. präventiven Maßnahmen bei der Feststellung der Anbahnung potentieller Straftaten und Verschärfungen der Gefährdungslage berücksichtigen.
3. Über die Entwicklung der Sicherheitslage im Bereich der Zentralhaltestelle in der Chemnitzer Innenstadt ist durch den Fachbürgermeister im Rahmen seiner regelmäßigen Informationen im Stadtrat fortlaufend zu unterrichten.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt  
(15 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen,  
4 Stimmenthaltungen)**

- 8.3 Verringerung der Zahl sachkundiger Einwohner in den Ausschüssen des Stadtrates  
Vorlage: BA-010/2017 Einreicher: Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
- 

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** bringt den Beschlussantrag ein und erläutert diesen damit, dass nach Auffassung seiner Fraktion die Effektivität der sachkundigen Einwohner nicht sehr hoch sei. Er hinterfragt auch das Verfahren und die Sinnhaftigkeit dieses Instruments.

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** verweist, dass auf Grundlage der Sächsischen Gemeindeordnung sachkundige Einwohner und Sachverständige in die Gemeindegremien einbezogen werden können. Die bestehenden Formen der Bürgerbeteiligung sollten noch weiter qualifiziert und sich noch mehr Gedanken über die Auswahl der sachkundigen Einwohner gemacht werden.

**Beschluss BA-010/2017**

Die Hauptsatzung der Stadt Chemnitz wird dahingehend geändert, dass mit der neuen Wahlperiode keine sachkundigen Einwohner mehr in die Ausschüsse berufen werden. Ausgenommen davon ist der Jugendhilfeausschuss.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt  
(3 Ja-Stimmen, 39 Nein-Stimmen,  
3 Stimmenthaltungen)**



8.4 Stadtbezirksbeiräte  
Vorlage: BA-011/2017 Einreicher: Fraktion AfD

---

Zum Beschlussantrag wurde ein Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ ausgereicht.

**Herr Stadtrat Dr. Katzer (Fraktion AfD)** erinnert an Aussagen in vergangenen Stadtratssitzungen zum Thema Bürgerbeteiligung. Diese Anregungen habe seine Fraktion genutzt und diesen Beschlussantrag eingereicht. Er fragt wo dieses Thema bleibe, wenn es offensichtlich so viel Zuspruch von allen Seiten bekommt.

**Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** geht an dieser Stelle auch auf die Fraktions-erklärung von Herrn Dr. Katzer ein und führt aus, dass das Programm der AfD fundamental den Grundwerten in Deutschland widerspreche. Daher könne keine Zusammenarbeit mit der Fraktion AfD erwartet werden.

Zum Beschlussantrag meint er, dass dieser ein Schnellschuss sei und mit den beantragten Stadtbezirksbeiräten keine wirkliche Bürgerbeteiligung erfolgen könne. Er lädt alle ein, über das Thema Bürgerbeteiligung grundlegend zu diskutieren und vielleicht im Laufe dieses Jahres die Stadtverwaltung aufzufordern in eine bestimmte Richtung zu gehen, da dieses Thema sehr sensibel und umfangreich zu betrachten ist.

**Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)** stimmt den Ausführungen von Herrn Stadtrat Müller zu. Ebenso sei der Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ ein Schaufensterantrag noch dazu wo sieben Stadtteile nicht mit aufgeführt sind. Die Anträge sind abzulehnen.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** reicht eine Änderung zum Änderungsantrag in ergänzter Form mit allen Stadtteilen ein. Er weist darauf hin, dass mit dem Antrag der Fraktion AfD zunächst die Verwaltung aufgefordert werden solle, verschiedene Möglichkeiten vorzulegen. Letztendlich solle für die schon länger zur Stadt gehörenden Stadtteile eine Einbeziehung analog den Ortschaftsräten ermöglicht werden. Wie konkret dies erfolgen solle, wäre dann zu entscheiden. Auch der Änderungsantrag seiner Fraktion sei lediglich eine Anregung.

**Herr Stadtrat Dr. Katzer (Fraktion AfD)** geht auf die Ausführungen von Herrn Stadtrat Müller ein und sagt, dass die Themen der AfD und die in der Bevölkerung vorherrschende Stimmung so nicht bekämpft werden können und es unterschiedliche Standpunkte zu Themen geben könne.

**Frau Stadträtin Patt (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich bestätigt**  
**(42 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen)**

Abstimmung über den Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**  
**(5 Ja-Stimmen, 42 Nein-Stimmen)**

**Beschluss BA-011/2017**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich eine Stadtbezirksverfassung (§70 Sächs-GemO) mit entsprechenden Stadtbezirksbeiräten (§71 SächsGemO) zu geben.

In Zusammenarbeit mit Vertretern der Ortschaftsräte, Bürgerplattformen, Quartiersmanagements und aller Stadtratsfraktionen soll bis spätestens März 2018 ein entsprechendes Konzept entwickelt werden. Im öffentlichen Teil des Verwaltungs- und Finanzausschusses erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung und abschließende Vorberatung.

Die Stadtbezirksbeiräte sind zur Erfüllung ihrer Aufgaben mit einem angemessenen Budget auszustatten, was in den Doppelhaushalt 2019/2020 einzustellen ist, wovon der Stadtrat entscheidet. Im Rahmen jener Diskussion ist auch eine Erhöhung der Budgets für die Ortschaftsräte zu prüfen.

Mit Beginn der nächsten Wahlperiode im Sommer 2019 treten die in der Hauptsatzung festgelegten Änderungen in Kraft

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt  
(5 Ja-Stimmen, 42 Nein-Stimmen)**

9 Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

---

**Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** fragt zu den Straßen auf dem Kaßberg und Altendorf, wann Schlaglöcher, die ein Sicherheitsrisiko darstellen, beseitigt werden bzw. wie der Sachstand hierzu ist.

Ferner möchte er wissen, wer die Kosten der aufgrund des rechtswidrig gefassten Beschlusses durchzuführenden Sondersitzung des Stadtrates trägt.

**Herr Stadtrat Zschocke (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** fragt nach, wann er die Antwort zu seiner Frage aus der Stadtratssitzung vom 08.03.2017, ob es Maßnahmen zur Beseitigung der Miniermotte gibt, erhält.

**Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE)** fragt, was der Grund für die Bauverzögerungen in den Kitas sind und wie der aktuelle Planungsstand zu den beschlossenen Neubauten von insbesondere kommunalen Kitas ist.

**Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN)** möchte wissen, inwiefern die weit über 100 im öffentlichen Raum filmenden Kameras dazu beitragen, dass eine bessere Strafermittlung erfolgt, u. a. insbesondere die Kameras die durch die Stadt Chemnitz auf öffentlichen Gebäuden installiert wurden.

- 10 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -
- 

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) und Herr Stadtrat Leistner (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) bestätigt.

02.05.2017 *Barbara Ludwig*  
Datum Barbara Ludwig  
Vorsitzende  
des Stadtrates

03.05.2017 *H. Gintschel*  
Datum Gintschel  
Mitglied  
des Stadtrates

03.05.17 *Leistner*  
Datum Leistner  
Mitglied  
des Stadtrates

02.05.2017 *Seidel*  
Datum Seidel  
Schriftführerin